

Zweite Runde im Sadismus-Prozess

59-jähriger Baselbieter kämpft vor dem Kantonsgericht gegen sein Verwahrungsurteil

Von Thomas Gubler

Liestal. Es war sicher eines der härtesten Urteile in der Baselbieter Justizgeschichte, welches das Strafgericht Baselland vor Jahresfrist im sogenannten Sadismus-Fall über einen damals 58-jährigen Baselbieter verhängt hatte. Zwölf Jahre Freiheitsstrafe mit anschliessender Verwahrung wegen qualifizierter Vergewaltigung, mehrfacher qualifizierter sexueller Nötigung, versuchter Freiheitsberaubung, Nötigung, Körperverletzung und mehr lautete das Strafmass, das faktisch einer lebenslänglichen Wegsperrung gleichkommt. Seit gestern steht der Mann vor dem Kantonsgericht und versucht die Richter und die vier Richter der zweiten Instanz davon zu überzeugen, dass alles gar nicht so schlimm gewesen sei.

Die Staatsanwaltschaft hatte dem Angeklagten vorgeworfen, im Mai 2009 auf ein Supermarkt-Selbstinsat hin eine junge Frau zu sich bestellt zu ha-

ben, angeblich weil er eine Putzfrau suchte. Einen Putzauftrag hatte der Mann, der von der Sozialhilfe lebte, an diesem Tag aber nicht zu vergeben. Er hatte kein Geld. Hingegen sollte ihm die Frau für sexuelle «Rollenspiele» zu Diensten sein, wofür er am Monatsende bezahlen wollte.

Was dann aber folgte, war offenbar eine Orgie der Gewalt, bei welcher der Mann die verblüffte Frau fesselte, knielte, ihr die Kleider vom Leibe riss, sie mit einem Fleischmesser bedrohte und schliesslich vergewaltigte. Bereits im Jahre 2004 soll er in Basel eine inzwischen verstorbene Frau auf ähnliche Weise malträtiert haben.

Rollenspiele mit Vergewaltigung

Der Angeklagte sah jedoch weder im einen noch im andern Fall irgendwelche demütigenden Gewaltakte, sondern eben Rollenspiele, bei denen im angeblichen Einvernehmen mit den Opfern, aber unter seiner «Regie» Vergewalti-

gung «gespielt» wurde. Der Mann wollte damit für sich eine Methode gefunden haben, um sein – schon früher aufgetretenes – Problem mit Gewalt in der Sexualität unter Kontrolle zu haben.

Entsprechend berief er sich vor dem Kantonsgericht wie schon vor der ersten Instanz stets auf die Einvernehmlichkeit der Handlungen. So wollte er auch die Gegenwehr der Opfer noch als «gespielt» empfunden haben. Der Angeklagte verstrickte sich dabei aber derart in Widersprüche, dass Gerichtspräsident Dieter Eglin zuweilen Mühe hatte, gewisse Zusammenhänge «auf die Reihe zu kriegen».

Und mithin entstand auch etwas der Eindruck, der 59-Jährige würde gewisse Realitäten schlicht nicht zur Kenntnis nehmen. So war für ihn klar, dass sich das Opfer von 2004 an ihm mit einer falschen Anschuldigung bei der Polizei rächte, weil er zu wenig Geld hatte, um für ihre Dienste zu bezahlen. Dabei hatte gar nicht das Opfer die Polizei ver-

ständigigt, sondern das Institut für Rechtsmedizin, nachdem die Frau die Notfallstation aufgesucht hatte.

Aus dem Ruder gelaufen

Verteidiger Fred Wagner sprach von «keinem einfachen Fall». Sein Klient habe durchaus einvernehmliche Kontakte gesucht, dann sei das «Rollenspiel» aber aus dem Ruder gelaufen. Wagner bestritt den Vorwurf der Vergewaltigung und der qualifizierten sexuellen Nötigung und plädierte auf einfache sexuelle Nötigung. Als Strafmass beantragte er sechs Jahre Freiheitsstrafe.

Staatsanwältin Caroline Horny verlangte im Wesentlichen eine Bestätigung des erstinstanzlichen Urteils plus zusätzlich eine Verurteilung wegen versuchter Vergewaltigung im Fall aus dem Jahr 2004. Davon war der Angeklagte erstinstanzlich freigesprochen worden. Am Strafmass von zwölf Jahren Freiheitsstrafe mit anschliessender Verwahrung hielt Horny fest.

Beschwerde gegen den Gemeinderat

Gemeindeschreiber findet Stelle

Von Franziska Laur

Zeihen. Heiner Keller ist keiner, der sich leicht abspesen lässt. Und so gibt der Zeiher auch im Fall der Entlassung des Gemeindeverwalters Franz Wülser nicht klein bei. Er besteht auf einer detaillierten Erklärung vonseiten des Gemeinderats. Doch dieser lehnte das von 52 Zeiherinnen und Zeihern unterzeichnete Begehren ab, eine ausserordentliche Gemeindeversammlung einzuberufen und dort zu informieren. Doch locker lässt Keller noch lange nicht.

Es gehe nicht an, dass der Gemeinderat das Interesse der Zeiher Bevölkerung an umfassender Information einfach vom Tisch wische – und dies erst noch ohne Rechtsmittelbelehrung, schreibt Keller in einer Mitteilung. Die Rechtsmittelbelehrung sei erst durch seine Intervention erfolgt. Und auch dann habe der Gemeinderat keine sachliche Begründung für die Entlassung des Gemeindeschreibers gegeben. Er habe lediglich auf eine frühere, unbefriedigende Stellungnahme verwiesen und eine Frist von drei Tagen für eine Beschwerde an den Regierungsrat gesetzt. Keller schreibt weiter, dass ihm angesichts der zahlreichen Ungereimtheiten und offenen Fragen nichts weiter bleibe, als diese Beschwerde an den Regierungsrat einzureichen. Der Gemeinderat selber möchte zum Fall nicht weiter Stellung nehmen.

Franz Wülser geht nach Frick

Für den entlassenen Franz Wülser hat die Sache eine gute Wende genommen. Wie die Gemeinde Frick meldet, werde er ab 1. Mai ihr neuer Gemeindeschreiber sein. Lobend äussert man sich in der Gemeinde mit 4850 Einwohnern über den künftigen Kanzleichef und Lehrlingsverantwortlichen.

Er sei bestens qualifiziert, neben langjähriger Erfahrung habe er unter anderem berufsbegleitend den Zertifikatslehrgang Öffentliches Gemeinwesen an der Fachhochschule Nordwestschweiz abgeschlossen. Franz Wülser äussert sich der BaZ gegenüber überglücklich: «Ich freue mich riesig auf die neue Herausforderung in Frick.»

Nachrichten

Reha Rheinfelden erhält Gütesiegel für Bildung

Rheinfelden. Das Kurszentrum der Reha Rheinfelden erhält das Eduqua-Zertifikat. Damit erhält das Kurszentrum ein Gütesiegel für die hohe Qualität als Weiterbildungsinstitution. Eduqua wurde von der Deutschschweizerischen Berufsbildungsämterkonferenz initiiert und unter der gemeinsamen Leitung des Bundesamtes für Berufsbildung und Technologie und des Staatssekretariats für Wirtschaft zur Anwendungsreife entwickelt. Das Zertifikat zeichne eine gute Weiterbildungsinstitution aus und sichere die Qualität der Weiterbildung.

GLP will Derrer in Bezirksschulrat

Rheinfelden. Die GLP-Bezirkspartei Rheinfelden schickt mit dem 44-jährigen Michael Derrer einen Kandidaten für die Ersatzwahl vom 11. März in den Bezirksschulrat ins Rennen. Nach seinem Lizentiat in Politologie, Soziologie und Geschichte an der Universität Lausanne war Derrer als Lehrer an diversen Gymnasien tätig. 2004 erwarb er den Masterabschluss in Wirtschaft und Verwaltungswissenschaft an der Universität in Genf. Heute ist Michael Derrer Unternehmensberater und Coach für interkulturelle Projekte sowie Dozent an zwei Fachhochschulen.

Eine Kandidatur für Gemeinderat

Rothenfluh. Für den Gemeinderat von Rothenfluh, in dem drei Sitze vakant sind, konnte ein Kandidat gefunden werden. Wie die «Volksstimme» meldet, stellt sich Michele Cafora zur Verfügung.

Rotstab sorgt für Lachsalven

Cabarettisten in Hochform

Das «Rahmdäfel» feierte vor zehn Tagen Premiere, und am gestrigen Montagabend zog nun mit dem Rotstab-Cabaret die traditionsreichste Liestaler Vorfasnachtsveranstaltung nach. Das rund dreistündige Spektakel unter der Gesamtregie von Thomas von Arx riss das Publikum erneut zu Begeisterungstürmen hin. Vor allem die Rahmenstücke, bei denen Maik van Epple Regie führte, lösten im rasselvollen KV-Saal eine Lachsalve nach der anderen aus. Einmal mehr mit Ovationen bedacht wurden die Stedtl-Singers. Viel beklatscht wurden auch die musikalischen Darbietungen der Rotstab-Clique und der Liestaler Guggenmusig Latärnäschränzer. Der ausführliche Bericht folgt in der BaZ von morgen.

stg Foto Tino Briner



Der Widerstand gegen Postauto-Abbau bröckelt

Kleine Gemeinden wie Blauen fühlen sich bei ÖV-Initiative im Stich gelassen

Von Kurt Tschan

Blauen. Bis jetzt schien die Front der Abbauegner im öffentlichen Verkehr geschlossen zu sein. Vor allem im Oberbaselbiet und im Laufental findet die Initiative grossen Zuspruch. Die Unterschriftensammlung läuft auf Hochtouren. So geschlossen wie vermutet ist die Front der Abbauegner im ÖV aber nicht mehr. Ganz offensichtlich stossen die Pläne des Regierungsrates partiell auch auf Verständnis.

Vor allem die Zwischenkurse zwischen den Pendlerhauptströmen scheinen bei einigen Gemeindepräsidenten im Laufental nicht in Stein gemeisselt zu sein, wie BaZ-Informationen belegen. Verärgert darüber ist vor allem der Gemeindepräsident von Blauen, Dieter Wissler. Er kämpft an vorderster Front gegen den Abbau von Postautolinien im Rahmen des kantonalen Entlastungspaketes 12/15.

«Eindimensionale Betrachtungen»

Er hatte dafür geworben, dass in den übrigen Gemeindeverwaltungen ebenfalls Unterschriften gesammelt werden. Mit diesem Ansinnen ist er aber offenbar nicht nur auf offene Ohren gestossen. In einer an seine zwölf übrigen Kollegen verschickten E-Mail wirft er einig-nun «eindimensionale politische

Betrachtungen» vor. Dies sei zwar einfach, aber oft auch falsch. «Gesamthafte Überlegungen sind dagegen anspruchsvoll und schwierig», hält Wissler fest. Politisch verantwortete Entscheidungen seien mit gesellschaftlich relevanten Folgen zu koppeln. Die Finanzen seien zwar auch massgebend, aber nicht ausschliesslich. Auslöser des Streites sind offenbar Frequenzzählungen in jenen Kursen, die dem Rotstift zum Opfer fallen könnten.

Kurse haben sozialen Charakter

Wenn schon bei 40 und mehr Messungen festgestellt worden sei, dass in vielen Kursen nur eine oder zwei Personen befördert werden, frage er sich, warum die Postauto Nordwestschweiz AG nicht schon längst auf Kleinbusse umgestiegen sei. Damit liessen sich nicht unerhebliche Kosten senken. Wissler zeigt sich in seiner E-Mail überzeugt, dass «man mit gutem Willen von beiden Seiten Kosten sparen und optimieren kann».

Weniger wirtschaftliche Kurse samt und sonders und linear zu streichen, hält der Gemeindepräsident von Blauen dagegen «für sozialen, ökologischen und raumordnungspolitischen Stumpfsinn». In Gemeinden, die an der SBB-Linie Basel–Laufen liegen würden, könne man über die Sorgen von verkehrs-

fernen Gemeinden gut entscheiden. Für Dittingen, Blauen und Nenzlingen gäbe es aber nur die Linie 119, die zu Haupt- und Nebenzeiten den Anschluss an die Talschaft sicherstelle. Zwischenkurse zwischen 8.30 und 11.30 Uhr sowie zwischen 14 und 16 Uhr hätten einen sozialen Charakter und dienten zu Behördengängen, Arztbesuchen und zum Einkaufen. Es ist nach Ansicht von Wissler nicht verantwortbar, dass ältere Per-

sonen oder Hausfrauen mit Kindern für solche Fahrten in Zukunft auf ein Taxi umsteigen müssen. Die Wohn- und Lebensqualität einer Kommune werde zunehmend von der Qualität des öffentlichen Verkehrs bestimmt. Nach dem Dorfladen und der Post drohten jetzt auch die Postautos aus den kleinen Dörfern zu verschwinden. Dies führe zu gewichtigen Nachteilen bei deren Entwicklung.



Buslinien. Abgelegene Dörfer wollen den Anschluss nicht verlieren. Foto D. Desborough